Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

21.7.1928 (No. 169)

Visual Library

Nr. 169 — Samstag, den 21. Juli 1928 — 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Kriegsächtungspakt

Unterzeichnung am 28. August?

M. Berlin, 21. Juli. (Tel.) Eine Havasmeldung, wonach der Pakt zur Ächtung des Krieges auf Anregung Kelloggs am 28. August in Paris unterzeichnet werden soll und der amerikanische Staatssekretär des Äußern, Kellogg, Mitte August nach Europa abreisen werde, wird vom französischen Auswärtigen Amt nicht dementiert. Nach Pariser Meldungen verläßt Kellogg am 22. August New York. Für die Wahrscheinlichkeit dieser Meldung spricht auch die Tatsache, daß der französische Botschafter in Washington seinen Urlaub im letzten Augenblick verschoben hat. Es ist also damit zu rechnen, daß an diesem Tage die Unterzeichnung in Paris stattfindet, zu der sämtliche Außenminister, auch Dr. Stresemann, erwartet werden.

*

WTB. Superior (Wiskonsin), 21. Juli (Tel.) Präsident Coolidge wird über die beim Staatsdepartement eingegangenen Annahmen des Kellogg'schen Kriegsächtungspaktes auf dem Laufenden gehalten. Staatssekretär Kellogg hat ihn auch über den erfolgten Vorschlag unterrichtet, daß die Unterzeichnung in Paris stattfinden soll. Es verlautet, daß Präsident Coolidge mit dieser Ansicht durchaus einverstanden ist. Er erkennt an, daß jede europäische Hauptstadt besser gelegen sei als Washington. Aus diesem Grunde seien die Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang nie genannt worden. Coolidge sei ferner der Ansicht, daß eine Zusammenkunft der Außenminister in einer europäischen Hauptstadt das Prestige des Vertrages erhöhen würde.

Folgende Staaten haben die Annahme des Vorschlages der Vereinigten Staaten nach Washington gemeldet: England, Australien, Kanada, Irischer Freistaat, Indien, Neuseeland, Südafrika, Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien und Polen.

Amerikanische Opposition

WTB. **London**, 21. Juli (Tel.) „Daily Telegraph" berichtet aus New York, es sei **keineswegs sicher**, daß der amerikanische **Senat** den Kellogg-Pakt ratifizieren werde. Schon deshalb habe sich „Newyork Herald Tribune", die in den bisherigen Fällen die Coolidge-Regierung unterstützte, auf den Kriegspfad begeben, und fordere den Senat offen auf, den Pakt zu verwerfen. Das Blatt erklärt, Großbritannien werde den Pakt dazu benutzen, eine weitere Herabsetzung der **amerikanischen Flottenstreitkräfte** zu erzielen. Außerdem würden die Vereinigten Staaten weiter in europäische Angelegenheiten verwickelt werden. Der Vertrag würde ferner ein falsches Sicherheitsgefühl entstehen lassen. Wahrscheinlich werde es im Senat, wo die Republikaner augenblicklich nur eine nominelle und sehr geringe Mehrheit besitzen, zu einem sehr **erbitterten Kampf** kommen.

Die Urteile gegen die elsässischen Autonomisten

M. Berlin, 21. Juli. (Priv.-Tel.) Poincaré hatte — wie aus Paris gemeldet wird — gestern eine lange Unterredung mit Justizminister Berthou, die sich auf die Begnadigung Ricklins bezog, nachdem dessen Berufung vom höchsten Gericht verworfen worden ist und die Protestdemonstration im Elsaß immer stärker wird. Ihr könnte man durch die sofortige Freilassung entgegentreten.

*

WTB. **Paris**, 21. Juli. (Tel.) Wie dem „Petit Journal" aus Straßburg gemeldet wird, hat der Abgeordnete **Rossé** gestern einen längeren **Aufruf** an seine Wähler und Freunde veröffentlicht, in dem er betont, er habe seinen Antrag auf Einleitung eines Kassationsverfahrens darum zurückgezogen, weil er **kein Vertrauen zur Justiz** habe. Er brauche nicht um Gnade zu bitten, weil das ein Unschuldiger nicht nötig habe. Er habe auch nicht eine besondere Vergünstigung erhalten, denn die bedingte Freilassung nach Ablauf von sechs Monaten sei eine Gunst, die man **jedem Verbrecher** bewillige. Er begrüße die Begnadigungsmaßnahmen immerhin als den Versuch einer Versöhnung und Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten vom 24. Mai 1928. Rossé erklärte dann, der Kampf für eine **weitgehende Autonomie** werde fortgesetzt werden.

Die Musikkapelle des Colmarer katholischen Männervereins St. Josef wollte dem Abgeordneten **Rossé** zur Feier seiner Entlassung aus dem Gefängnis ein Ständchen bringen. Die Polizei verbot aber das Stehenbleiben und die Aufstellung der Kapelle auf der Straße. Die Kapelle betrat darauf den Vorgarten des Rosséschen Hauses. Als am Schluß des Ständchens der Abgeordnete Rossé draußen erschien, um sich zu bedanken, wurde er von der Menge wieder auf die Schultern gehoben und davongetragen in eine Wirtschaft, wo ein gemütliches Beisammensein vorbereitet war.

Am Mittwoch wird in **Colmar** unter dem Vorsitz des Abg. Michel Walter eine Versammlung abgehalten werden, in der Rossé das Wort ergreifen und über den Prozeß in **Colmar** und die letzten Ereignisse im Elsaß sprechen wird.

Das neue französische Militärstrafgesetzbuch und das besetzte Gebiet. Das neue französische Militärstrafgesetzbuch, das auch bei den Gerichten des besetzten Gebietes Anwendung findet und das der deutschen Verteidigung eine gewisse Erleichterung bringen dürfte, tritt erst am 1. Januar 1929 in Kraft und nicht, wie erst gemeldet wurde, bereits am 16. September d. J.

Letzte Nachrichten

Die Reichsbahntarife

M. Berlin, 21. Juli. (Priv.-Tel.) Wie berichtet wird, kommt das Reichskabinett noch in der kommenden Woche zusammen, wobei es sich mit dem Verlangen der Reichsbahn nach Tariferhöhung beschäftigen wird. Seit einigen Tagen finden darüber Verhandlungen zwischen Reichsbahn, Reichsfinanzministerium und Reichsverkehrsministerium statt. Die Verhandlungen sind notwendig geworden, da die Reparationskommission sich am Montag und Dienstag mit den finanziellen Verhältnissen der Reichsbahn beschäftigt hat und auf eine finanzielle Verbesserung der Lage des Instituts hindrängt. Man möchte aber in Berlin gerne eine Tariferhöhung vermeiden und den Versuch machen, die notwendigen Mittel auf dem Weg einer inneren Anleihe flüssig zu machen.

Karlsbader Besprechungen?

M. Berlin, 21. Juli. (Priv.-Tel.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann fährt heute zu weiterer Erholung von Bühlerhöhe nach Karlsbad, wobei von einem möglichen Zusammentreffen mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch und seinem rumänischen Kollegen Titulescu gesprochen wird. Für den Fall, daß Titulescu einen Besuch in Karlsbad abstattet, dürfte mit Stresemann die alte Frage der Banca-Generale-Noten wieder zur Erörterung kommen. Augenblicklich sind in Berlin übrigens Verhandlungen im Gange, nachdem der rumänische Gesandte sich in Bukarest neue Informationen geholt hat. Ob sie zum Ziel führen, ist nach den bisherigen Erfahrungen sehr zweifelhaft. Dies hängt zum Teil von einer Anleihe ab, die Deutschland für Rumänien bewilligen soll, und Zugeständnisse, die Rumänien auf dem Gebiet des Handelsvertrags zu machen hat.

Das deutsch-polnische Schiedsgericht in Genf

WTB. **Genf**, 21. Juli (Tel.) Das **deutsch-polnische gemischte Schiedsgericht** hat unter dem Vorsitz des Präsidenten **Lachenal**, Präsident des Großen Rates von Genf, vom 13. bis 20. Juli in Genf getagt. Die deutsche Regierung war durch Senatspräsident **Lenhard**, die polnische Regierung durch den Vertreter der polnischen Regierung bei der Reparationskommission, **Sobolewski, vertreten.** Die Verhandlungen erstreckten sich auf die Feststellung des Wertes des deutschen landwirtschaftlichen Kleingrundbesitzes, welcher von der polnischen Regierung auf Grund des Vertrages von Versailles liquidiert worden ist. Die rechtlichen Fragen werden im November d. J. in Paris zur Verhandlung kommen. Die Entscheidung dürfte Anfang nächsten Jahres gefällt werden.

Die Maßnahmen zugunsten der englischen Kohlenindustrie

WTB. **London**, 21. Juli (Tel.) „Daily News" meldet: **Die geplanten Maßnahmen der Regierung für eine Besserung der verzweifelten Lage der Kohlenindustrie nehmen jetzt unerwarteterweise die Gestalt einer Unterstützungsaktion für die Eisenbahnen an, damit diese in die Lage versetzt werden, die Kohlentransportsätze zu ermäßigen. Die Höhe der Bewilligung ist noch nicht festgesetzt. Der Plan, den Churchill dem Kabinett unterbreitet hat, deutet jedoch darauf hin, daß die Höhe des Betrages es den Eisenbahnen ermöglichen wird, ihre Frachtsätze durchschnittlich um neun bis elf Pence pro Tonne herabzusetzen. In der Frage der Aufrechterhaltung der Auslandsverträge spielt diese Ermäßigung eine bedeutende Rolle. Mit dieser Unterstützungsaktion ist ein Plan für eine jährliche Auswanderung von 20 000 Personen, insbesondere Bergarbeitern, nach entlegenen Teilen des Britischen Reiches verbunden.**

Revolutionäre Bewegung in Portugal?

pr. **Berlin**, 21. Juli (Tel.) Nach einer Meldung der „B. Z." sind in **Badajoz** Mitteilungen über eine **„ernste Bewegung"** in **Lissabon** eingetroffen, die augenscheinlich von der Zensur abgeschwächt worden sind. Es sollen scharfe Kanonenschüsse gefallen sein; über **Lissabon** sei der Belagerungszustand verhängt, die Straßen seien seit gestern menschenleer.

Der Staatsstreich in Ägypten

WTB. **London**, 21. Juli (Tel.) Der ägyptische Premierminister **Mohamed Pascha Mahmud** erklärte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter der „Times" in Alexandrien, er und seine Kollegen hätten eine sehr schwere Verantwortung übernommen. Aber es habe geschehen müssen. Die Art, in der die Geschäfte des Landes in der letzten Zeit geführt worden seien, sei unerträglich gewesen. Die Regierung werde versuchen, die Verwaltung zu reinigen. Sie beabsichtige nicht, ihre Vollmachten gegen die Opposition zu gebrauchen, es sei denn, daß die Opposition selbst scharfe Maßnahmen notwendig mache. Die Aufhebung der Pressefreiheit sei unbedingt erforderlich gewesen. Der Premierminister sagte schließlich: „Ich werde nicht ein Tyrann sein, aber, wenn notwendig ein **wohlgesinnter Diktator.**"

* Zur außenpolitischen Lage

Der **Kellogg-Pakt** soll demnächst in feierlicher Weise unterzeichnet werden. Und zwar wird der Akt wahrscheinlich in Paris stattfinden. Sache Frankreichs wird es sein, ihm auch äußerlich das Gepräge eines welthistorischen Ereignisses zu geben. Hoffentlich wird schon allein die Tatsache, daß Staatssekretär Kellogg persönlich zur Unterzeichnung nach Paris kommen wird, die Franzosen noch ganz besonders anspornen.

Nordamerika darf mit dem Erfolg seiner Aktion zufrieden sein. Gewiß ist die ursprüngliche Fassung des Antikriegspaktes nicht ganz beibehalten worden. Aber die Modifikationen sind nicht so erheblich, daß sie den Grundgedanken des Pakts verwischen könnten. Und auch die **Vorbehalte**, die von Frankreich und von England angemeldet und von Amerika berücksichtigt worden sind, lassen sich mit dem Sinn des Paktes vereinigen. Was die englischen Vorbehalte anbelangt, so verfolgen sie den Zweck, die besonderen Interessen, die Großbritannien in einzelnen Gebieten der Erde, z. B. in Ägypten, wahrzunehmen hat, zu schützen. Und Frankreich wünscht, daß, wenn in irgendeinem Falle — gedacht wird dabei immer an Deutschland — der Antikriegspakt versagen sollte, dann die **bestehenden Verträge**, also vor allem der Friedensvertag von Versailles und der Vertrag von Locarno, in Funktion zu treten haben.

Praktisch wird dieser Fall, nach menschlichem Ermessen, wohl nie werden. Gerade vom **deutschen Standpunkt** aus gesehen ist der Kellogg-Pakt eine höchst wünschenswerte und willkommene **Ergänzung** zu den bestehenden Verträgen. Seine Grundtendenz schließt kriegerische Verwickelungen aus. Deutschland denkt nicht im mindesten an solche Verwickelungen und kann es nur begrüßen, wenn durch den Pakt auch **anderen** Staaten der Zugang zum Tempel des Kriegsgottes verrammelt wird.

Politisch ist der Antikriegspakt für uns deshalb von großer Bedeutung, weil er **Frankreich den letzten Vorwand nimmt**, nach Sicherheitsgarantien zu rufen. Antikriegspakt, Völkerbundssatzung und Locarnovertrag sind drei Instrumente zur Erhaltung des Friedens, wie sie nach Lage der Dinge nicht besser und kräftiger gedacht werden können. Etwaige Befürchtungen Frankreichs müssen angesichts **dieser** drei Instrumente einer friedlichen Politik nunmehr als lächerlich bezeichnet werden.

Ist dem aber so, dann will es uns als ein unabweisbares Gebot der Pflicht für Frankreich erscheinen, daß alles getan wird, um zwischen Deutschland und Frankreich nun auch **wirklich einen Zustand des Friedens und der Gleichberechtigung herzustellen.** Dazu gehört in erster Linie die **sofortige Räumung aller noch besetzten Gebiete** einschließlich des Saarlandes, dazu gehört die **allgemeine Abrüstung** oder, falls sie nicht zu erreichen ist, **die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands auf dem Gebiete des Militärwesens**, dazu gehört ferner eine vernünftige **Revision des Dawes-Abkommens** mit **endgültiger Festsetzung der Reparationssumme.** Die Angst Frankreichs um seine Sicherheit war es, die einzig und allein auch heute noch zur Not Maßnahmen und Vertragsbestimmungen begründen konnte, welche die Souveränität Deutschlands einengen. Hat diese Furcht keine einzigen Argumente mehr zu zitieren, so wird die Forderung Deutschland nach voller Souveränität zu einer moralischen und politischen Selbstverständlichkeit.

Wenn von französischer Seite aus versucht wird, die vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete zu einem Geschäft zu machen, bei welchem Deutschland den guten Willen Frankreichs zu bezahlen hätte, dann muß man allerdings den Franzosen mit aller Bestimmtheit sagen, daß die **Tage von Thoiry vorüber sind**, und daß heute, nach mehreren Jahren, eine andere Situation zu beachten ist. Damals besaß Frankreich jene Fülle von Garantien seiner Sicherheit **noch nicht.** Einen Antikriegspakt gab es damals noch nicht. Heute ist das anders. Heute garantiert das mächtige Nordamerika im Rahmen des Kelloga-Paktes Frankreich seine Sicherheit gegen irgendwelche Angriffe von deutscher Seite. Angriffe, deren Möglichkeit natürlich nur in den Köpfen der Franzosen herumspukt. Heute kann jeder französische Staatsbürger ruhig schlafen: der Albtraum einer deutschen Revanche braucht ihn nicht zu bedrücken. Das ist wahrlich genug. Gleichzeitig reicht es aber auch aus, **um unser** Verlangen nach sofortiger Räumung aufs wir-

Mit der Beilage: 39. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

kungsvollste zu begründen, ja zu einer Selbstverständlichkeit zu machen.

Alle diese Fragen, wie sie sich aus der Gestaltung des politischen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland ergeben, spielen zum mindesten für Europa auch heute noch die erste Rolle. Daneben müssen die Sorgen und Schwierigkeiten, wie sie etwa in Sowjetrußland, in Polen und in Litauen, auf dem Balkan und in Ägypten bestehen, als Fragen zweiten Ranges erscheinen.

Weltpolitisch sehr bedeutsam ist und bleibt dagegen die **Entwicklung in China.** Wie es heißt, will Tschiangkaischek in voller Übereinstimmung mit der nationalistischen Regierung nunmehr daran gehen, innerpolitisch und außenpolitisch die Früchte des Sieges über den Norden und der damit errungenen Einigkeit zu ernten. Man spricht davon, daß Tschiangkaischek zum **Präsidenten** des neuen, geeinigten China gewählt werden wird. Die Aufgaben, die seiner harren, sind riesengroß. Vor allem muß China in irgendeiner Form zu einer **wirklichen Verwaltungseinheit ausgebaut werden.** Und auch sein **Militärwesen** muß reformiert werden. Die Nationalisten hoffen, daß in 15 Jahren die chiensische Armee soweit organisiert sein wird, daß sie **jeder** Eventualität gewachsen ist! Außenpolitisch ist die **mandschurische Frage zu lösen.** Nach den letzten Meldungen will Tschiangkaischek eine solche Lösung auf friedlichem und diplomatischem Wege herbeiführen. Ferner sind die **staatsrechtlichen und handelsrechtlichen Beziehungen Chinas zum Ausland** neu zu regeln. Einstweilen hat die chinesische Regierung die bestehenden Verträge gekündigt. Und natürlich geht die Tendenz dabei ganz klar dahin, die Sonderstellung der Ausländer in China aufzuheben und China in Wahrheit zu einem souveränen Staat zu machen.

Der deutsche Außenhandel im Juni

Der deutsche Außenhandel zeigt im Juni 1928 im reinen Warenverkehr einen **Einfuhrüberschuß von 214 Millionen** Reichsmark gegen 191 Millionen Reichsmark im Vormonat. Der Rückgang der Einfuhr, der seit Januar von Monat zu Monat zu verzeichnen war, ist in diesem Monat erstmalig unterbrochen. Die Einfuhr hat gegenüber dem Vormonat etwas, wenn auch nur um 22,2 Mill. Reichsmark, zugenommen. Die Ausfuhr ohne Reparationssachlieferungen ist gegenüber dem Vormonat fast unverändert. Die Zunahme der Einfuhr entfällt in der Hauptsache auf die Lebensmittel, in geringerem Umfange auch auf die Rohstoffe. Die Einfuhr von Fertigwaren hat dagegen abgenommen. Die Ausfuhr von Fertigwaren und von Rohstoffen ist gestiegen. Da die Ausfuhr von Lebensmitteln aber in starkem Maße gesunken ist, so ergibt sich für die Gesamtausfuhr eine geringe Abnahme (um 0,6 Mill. Reichsmark).

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken: An der Zunahme der **Lebensmitteleinfuhr** in Höhe von 25,0 Mill. Reichsmark sind Saisonwaren wie Kartoffeln (5,5 Mill. RM.), Obst (5,1 Mill. RM.) und Gemüse (3,4 Mill. RM.) beteiligt, außerdem Eier (5,1 Mill. RM.), Gerste (5,4 Mill. RM.), Mais (4,4 Mill. RM.) und Zucker (3,4 Mill. RM.) Die Einfuhr von Südfrüchten zeigt einen saisonmäßigen Rückgang (6,7 Mill. RM.), desgl. die Einfuhr von Butter (5,1 Mill. RM.). Die Zunahme der Rohstoffeinfuhr um 12,9 Mill. RM. verteilt sich auf eine große Anzahl von Waren. Am stärksten ist die Zunahme bei Bau- und Nutzholz mit 7,0 Mill RM. Hervorzuheben ist, daß die Einfuhr von Wolle erheblich (um 11 Mill. RM.) in geringerem Umfang auch die Einfuhr von Baumwolle abgenommen hat. An der Abnahme der **Fertigwareneinfuhr** um 15,3 Mill. RM. sind wiederum, wie in den beiden Vormonaten, die Textilfertigwaren stark beteiligt (6,9 Mill. RM.).

Der Rückgang der **Ausfuhr** von Lebensmitteln und Getränken um 8,5 Mill RM. enfällt fast zur Hälfte auf Roggen (3,7 Mill. RM.). Bei der Ausfuhr von **Rohstoffen,** die im ganzen um 1,3 Mill. RM. zugenommen hat, wird der Rückgang bei Rohtextilien (4,6 Mill RM.), Steinkohlen (2,0 Mill. RM.) ausgeglichen durch die Zunahme bei Koks (3,4 Mill. RM.) und geringe Zunahmen bei einer größeren Anzahl von Waren. An der Zunahme der **Fertigwarenausfuhr** mit 7,7 Mill. RM. sind zahlreiche Waren beteiligt, insbesondere Walzwerkserzeugnisse und Eisenwaren (9,9 Mill. RM.) und Maschinen (ohne elektrische) mit 4,0 Mill. RM. Erheblich zurückgegangen ist die Ausfuhr von Textilfertigwaren (10,6 Mill. RM.).

Das Wiener Sängerfest

Der deutsche Gesandte in Wien, **Graf Lerchenfeld,** gab am Freitag einen Tee in der deutschen Gesandtschaft anläßlich des 10. Deutschen Sängerbundesfestes. Besonders waren neben den Mitgliedern des Hauptvorstandes und des Wiener Ausschusses die Vorstände der großen Wiener und der reichsdeutschen Gesangvereine, vor allem auch Vertreter der deutschen Gesangvereine aus dem näheren und weiteren Auslande, so aus Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, aus Nord- und Südamerika und aus Windhuk. Viele von ihnen haben die einzige Urlaubszeit, die ihnen ihr Beruf gewährte, benützt, um trotz der mehrwöchigen Reise hin und her an dem Sängerfest teilnehmen zu können. Eine große Freude war es für diese treuen Auslandsdeutschen bei dem Empfang auch den Reichsminister **Severing** anzutreffen, der sich mit jedem von ihnen eingehend und in liebenswürdiger Weise unterhielt. Unter den Gästen des deutschen Gesandten bemerkte man ferner zahlreiche Bürgermeister deutscher Städte, sowie die Oberbürgermeister Landmann, Frankfurt a. M., Finke, Hannover und Luppe, Nürnberg, sowie viele Sonderkorrespondenten deutscher Zeitungen.

*

WTB. **Wien,** 20. Juli. Freitag mittag fand in der Sängerhalle die erste der drei Hauptaufführungen des 10. Deutschen Sängerbundesfestes statt. Festdirigenten waren Prof. **Keldorfer** und Prof. **Wohlgemut,** Leipzig. Der Klang der Richard Strauß'schen Fanfaren leitete die Feier ein, worauf ein Gesangschor, darunter die Gruppen der Auslandsvereine aus Afrika, Amerika und Australien, Lieder von Franz Schubert und anderen Komponisten zum Vortrag brachten. Darauf hielt der Präsident des Deutschen Sängerbundes, Friedrich **List,** die Festansprache. — Unter den Ehrengästen in der Sängerhalle befanden sich vom diplomatischen Korps außer dem deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld noch der türkische Minister des Äußern, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, ferner der spanische, der japanische, der argentinische Gesandte, der ungarische Geschäftsträger, sowie ein Vertreter der jugoslawischen Gesandtschaft.

*

WTB. **Wien,** 21. Juli. (Tel.) Reichstagspräsident **Löbe** ist gestern abend zur Teilnahme an dem Sängerbundesfest hier angetroffen. Auf dem Bahnhof wurde er von Botschafterrat Hoffmann von der Deutschen Gesandtschaft begrüßt.

Neue Wendung im Spionagefall Ludwig

In dem Fall des verhafteten Regierungsbaumeisters Eduard **Ludwig,** gegen den der Verdacht der Luftspionage zu Gunsten Sowjetrußlands besteht, ist, wie die „Voss. Ztg." hört, eine **neue Wendung** eingetreten.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der **Brief,** der Ludwig 14 Tage nach seiner Berliner Übersiedlung in die Sowjetbotschaft rief, **gefälscht** worden ist. Ludwig, der, wie berichtet, in den Jahren 1924 und 1925 für die Junkerswerke in Moskau tätig war, hatte sich dann nach Stuttgart gewandt, wo er an der Technischen Hochschule sein Examen bestand. Er hatte schon damals die Absicht, später nach Rußland zurückzukehren, und war mit einem Russen namens Alexandrowski in Verbindung getreten, der für die Sowjetbotschaft in Berlin tätig war. Die Beziehungen schliefen jedoch ein und Ludwig war sehr erstaunt, als er wenige Tage, nachdem er bei der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt tätig war, von Alexandrowski einen Brief an seine Berliner Adresse erhielt, in dem er aufgefordert wurde, in der russischen Botschaft vorzusprechen, da möglicherweise eine Anstellung in Rußland für ihn in Frage käme. Ludwig folgte der Aufforderung zwei Tage nach Empfang des Briefes und verlangte Alexandrowski zu sprechen. Der Portier der russischen Botschaft bedeutete ihm aber, daß Alexandrowski verreist sei, also diesen Brief gar nicht geschrieben haben könne. Man ließ ihn einige Zeit warten, führte ihn dann in ein Zimmer, wo ein Herr, den Ludwig nicht kannte, in freundlichem Ton ihm den inzwischen gleichfalls verhafteten **Scheibe** vorstellte, der ihn angeblich nach Rußland begleiten sollte. **Scheibe** hat später Ludwig **veranlaßt,** Mitteilungen der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt ihm zu übermitteln.

Ludwig wird am Montag noch einmal ausführlich verhört werden. Für Donnerstag hat der Verteidiger Ludwigs Haftprüfungstermin beantragt, in dem die weitere Haft Ludwigs entschieden werden soll. Ludwig bestreitet nach wie vor, sich in irgend einer Weise strafbar gemacht zu haben.

Peter Limbourg gegen Kaution aus der Haft entlassen. Der am Schlusse des bekannten Limbourgprozesses unter dem Verdacht des Meineides in Haft genommene Peter Limbourg wurde — wie aus **Köln** gemeldet wird — auf die von seiner Verteidigung gegen den Haftbefehl eingelegte Haftbeschwerde hin durch Beschluß der Strafkammer gegen eine Kaution von 40 000 *RM* aus der Haft entlassen.

Der Fall Kölling-Hoffmann

Die neue Disziplinaruntersuchung gegen den Magdeburger Landgerichtsdirektor und den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat **Kölling,** die der große Disziplinarsenat des Kammergerichts **Berlin** zugleich mit dem Abbruch der ersten Hauptverhandlungen anordnete, steht, wie die „V. Ztg." meldet, unmittelbar vor dem Abschluß. Aus den Vernehmungen, deren Einzelheiten im Interesse des weiteren Verfahrens nicht mitgeteilt werden, ergibt sich, dem Blatt zufolge, daß die Feststellungen des Magdeburger Schwurgerichts, nach denen **Haas** in keiner Weise an der Ermordung des Buchhalters Helling beteiligt ist, sondern **völlig unschuldig** war, in keiner Weise erschüttert werden, sondern völlig bestätigt blieben.

Nach Beendigung der Magdeburger Ermittelungen hat Kammergerichtsrat **Keil** in Berlin eine Anzahl weiterer Zeugen vernommen, in erster Linie den Polizeivizepräsidenten Dr. **Weiß,** dessen Vernehmung besonders eingehend war und den Kriminalkommissar **Busdorf.** Zwischen den Zeugen und dem beschuldigten Hoffmann kam es nach der „V. Ztg." häufig zu schweren Auseinandersetzungen, da der Beschuldigte die **preußische Polizei** immer von neuem anzugreifen suchte. Als letzter Zeuge wurde in dieser Sache der frühere Magdeburger Regierungspräsident **Hörsing** gehört. Die Vernehmungen haben ergeben, daß die Behauptungen Köllings und Hoffmanns, die preußische Polizei sei dem Untersuchungsrichter bei der Aufklärung des Mordes in die Arme gefallen, völlig unzutreffend ist.

Die **neue Hauptverhandlung** vor dem **Großen Disziplinarsenat** wird möglichst nach Beendigung der Gerichtsferien stattfinden.

Die mysteriöse Verhaftungsaffäre in der Pfalz

In die mysteriöse Verhaftungsaffäre des Kriminalkommissars Franz **Bauer** durch die Franzosen scheint nunmehr etwas Licht zu kommen. Obwohl die französische Besatzungsbehörde bisher den zuständigen bayerischen Behörden den Grund der Verhaftung noch nicht mitgeteilt hat, scheint tatsächlich die plötzliche aufsehenerregende Verhaftung mit dem bekannten **Zweibrücker Flaggenzwischenfall** zusammenhängen.

Das französische Kriegsgericht in Landau hat bekanntlich am 5. Juli d. J. die drei jungen Burschen aus Zweibrücken namens Weiß, Schimmel und Lutz in ihrer Abwesenheit zu je 5 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt. Im gleichen Prozeß wurde gegen den Autovermieter Eugen Franck und die Näherin Anna Kornberger wegen Fluchtbegünstigung Gefängnisstrafen von 45 bzw. 41 Tagen ausgesprochen. Nach der seinerzeitigen Verhaftung von Franck und Fräulein Kornberger wurde bereits der Kriminaloberkommissar **Bauer** durch die Franzosen verdächtigt, die drei jungen Leute von der bevorstehenden Verhaftung durch die Franzosen verständigt und sie zur **Flucht veranlaßt** zu haben. Dieser Verdacht, der wohl auch der Grund der neuen Verhaftung sein dürfte, ist aber insofern unbegründet, weil ja, wie die Verhandlung vor dem Militärpolizeigericht Landau einwandfrei ergeben hat, die französische Behörde erst dann auf die drei jungen Leute aufmerksam wurde, als diese von der deutschen Polizei wegen Unfug in der sogenannten „Hexennacht" verfolgt wurden. Bekannt ist auch, daß in der Kriegsgerichtsverhandlung wegen des Zweibrücker Flaggenzwischenfalls der Vorsitzende der deutschen Polizei den Vorwurf einer bewußten Verschleppung in der Untersuchungsführung gemacht hat. Der gleiche Vorsitzende machte auch in der Verhandlung des Maximiliansauer Zwischenfalls den Staatsanwalt darauf aufmerksam, daß er in Zukunft deutsche Polzeibeamte, die in Verdacht eines Vergehens gegen die Ordonanzen der Rheinlandskomission stehen, nicht zu lange auf freiem Fuß belassen, sondern früher festnehmen möge.

Die Vermutung ist also nicht von der Hand zu weisen, daß Bauer auf Grund dieser Weisung verhaftet wurde. Sollte dies der Fall sein, dann wäre das insofern außerordentlich bedauerlich, als bei allen Gelegenheiten, sowohl bei Voruntersuchungen, wie auch bei Verhandlungen bei den Kriegs- und Militärgerichten immer wieder festgestellt wurde, daß die deutschen Behörden alles zur Aufklärung der Zwischenfälle und zur Feststellung der Täter getan haben.

Bauernbund und Staatsvereinfachung in Bayern. Nachdem die Deutschnationale Volkspartei schon am Donnerstag den Vorschlägen der Bayerischen Volkspartei auf Aufhebung der drei sog. Revolutionsministerien und Zusammenfassung der Geschäftsbereiche dieser Ministerien in **ein Wirtschaftsministerium** zugestimmt hatte, hat am Freitag auch der Bayerische Bauernbund in seiner Fraktionssitzung dem Grundgedanken der Vereinfachung zugestimmt. Damit ist die Bahn für weitere erfolgversprechende Verhandlungen zur **Regierungsbildung** offen.

Bildtelegraphie Berlin—London. Der Bildtelegraphenverkehr zwischen Berlin und London wird, wie das „B. T." mitteilt, in beiderseitiger Richtung schon in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Die bisherigen mehrmonatigen Versuche haben ausgezeichnete Ergebnisse gezeigt. Es ist bemerkenswert, daß das deutsche System Carolus, das auf der Strecke Wien—Berlin arbeitet, und nicht das System des englischen Erfinders Baid aufgenommen worden ist. Die Übertragung der Bilder geschieht vorläufig noch auf dem Kabelweg.

Die Amnestie in Hamburg. Wie aus **Hamburg** gemeldet wird, werden die Abgeurteilten aus dem Urbahnprozeß, der die Oktoberunruhen von 1925 zum Gegenstand hatte, unter die Amnestie fallen, die sich auch auf den kommunistischen Abgeordneten **Thälmann** auswirken wird, gegen den im Anschluß an den Urbahnprozeß noch ein Strafverfahren anhängig ist. Den Hamburger **Sprengstoffattentätern,** die zum Teil mit schweren Zuchthausstrafen belegt sind, wird die Amnestie ebenfalls zugute kommen.

Der Reichsgerichtspräsident und die Familie Stinnes. Die schiedsrichterliche Tätigkeit des Reichsgerichtspräsidenten Dr. **Simons** in einem Streitfall der Familie Stinnes ist — wie aus **Berlin** mitgeteilt wird — als eine Nebenbeschäftigung im Sinne des Reichsbeamtengesetzes (§ 16) anzusehen. Eine solche Nebenbeschäftigung bedarf nur der Genehmigung, wenn mit ihr eine fortlaufende Remuneration verbunden ist. Da dies nicht der Fall war, so ist auch im Reichsjustizministerium von dem Vorfall nichts bekannt.

Erhöhung der Getreideeinkaufspreise in Rußland. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat eine Verfügung über die Durchführung der Getreideeinkäufe in laufenden Jahre erlassen, die jegliche Anwendung außerordentlicher Maßnahmen verbietet und Erhöhungen der Getreideeinkaufspreise von 10 bis 20 Kopeken für ein Pud vorsieht. Weiter wird das Handelskommissariat verpflichtet, die rechtzeitige Versorgung der Bauernschaft mit Industriewaren sicherzustellen.

Streikunruhen in Südindien. Im Zusammenhang mit dem Generalstreik auf der südindischen Eisenbahn wurden, wie aus **Tuticorin** gemeldet wird, Züge mit Steinen beworfen und Bahnhöfe in diesem Gebiet geplündert. Die Eisenbahnbehörden haben um Unterstützung durch bewaffnete Polizei ersucht.

Karlsruher Konzerte

Nach der Fülle der vom badischen Konservatorium veranstalteten Prüfungskonzerte bot der **Junggesang der Singschule,** die bekanntlich dem Institut seit fünf Jahren angegliedert ist, wieder einen besonderen Genuß. Gleichlaufend den Bestrebungen der Jugendmusikbewegung und in naher Übereinstimmung mit den Absichten der Musikantengilde werden, wie man weiß, an dieser Schule durch vorbildliche Lehrkräfte junge Menschen zum gemeinsamen Singen erzogen. Es waren für die Zuhörer ganz seltene, freudig hingenommene Gaben, die an diesem Abend durch sämtliche 16 Klassen mit ihren 550 Schülern und Schülerinnen in aufsteigender Reihenfolge zum Vortrag kamen. Man begann mit schlichten, einstimmigen Kinderliedern, dann gelangten mit oder ohne stützende Klavierbegleitung alte Volksweisen und Kanons zur Aufführung. Bald gesellten sich den Gesängen Geigen oder Flöten. Besonders hübsch war darunter eine Arie Adam Kriegers mit Orchesterritornell. Den Schluß dieser systematisch aufgebauten Methodik bildete ein Gesamtchor sämtlicher Klassen nebst hinzugezogenen tiefen Bässen, ein prächtiges Osterlied von Michael Praetorius mit allerlei begleitenden Instrumenten und mit Orgel. Wie sich dies alles aus einfachsten und natürlichen Mitteln entwickelte, machte auf das interessierte Publikum starken Eindruck und war um so anregender, je weniger dabei irgendwelche Hemmungen, wie sie sich fast immer ergeben, wenn junge Menschen plötzlich auf ein Konzertpodium gestellt werden, zum Vorschein kamen. Es sprach in der Tat sehr für die wertvoll erzieherische Arbeit von **Gustav Etzkorn,** dem Leiter der Singschule, daß bei den verschiedensten Solo- und Chordemonstrationen weder den Schülern noch den Zuhörern bewußt ward, eigentlich einer öffentlichen Schaustellung beizuwohnen. Das ist vielleicht das Wesentlichste an dem überaus günstigen Resultat und zugleich ein Kulturfaktor, über dessen Wiedergewinnung wir uns von Herzen freuen dürfen. Daher wurde die aus echtem Gesangsgefühl und aus der Freude am Klang der eigenen Stimmen geborenen Darbietung zu einer Stunde gemeinsamen Erlebens und stand doch auch, als eine der breiteren Öffentlichkeit zugängliche Kunstprobe betrachtet, unter einem sehr glücklichen Stern. An lebhaftem Zuspruch fehlte es nicht, fast nach jedem Programmteil wurden stürmisch Wiederholungen verlangt.

Aus der Vortragsfolge eines **Konzerts des akademischen Orchesters** war insbesondere die Studentenmusik Joh. Rosenmüllers hervorzuheben, eine in diesem Kreis überdies höchst willkommene Abwechslung. Sehr tapfer hielt sich das Orchester unter **Heinrich Cassimirs** Leitung auch in der nachfolgenden Suite Telemanns. Auf klugen und abwägenden Vortrag hatte des weiteren die Solistin des Abends, **Margarete Wingler-Sartory,** zwei altitalienische Arien angelegt. Über die Werke, die nach den Pausen folgten, ließ ich mir von Kollegenseite berichten, daß sie ebenfalls zu trefflicher Ausführung kamen. Ein beifallsfreudiges Auditorium belohnte alle Mitwirkenden verdientermaßen; an konzertantem Eifer hat's auf jeden Fall keiner der Spieler, die mit diesem Abend ihre Semesterarbeit erfolgreich abschlossen, fehlen lassen. H. Sch.

Die Heidelberger Festspiele werden heute, Samstag nachmittag 5 Uhr, mit einem feierlichen Akt im neuen Kollegienhaus eröffnet. Am Abend findet im Schloßhof die Aufführung des „Käthchen von Heilbronn" statt. Welch große Bedeutung man in der deutschen und ausländischen Presse den Heidelberger Festspielen beilegt, geht schon daraus hervor, daß sich bis jetzt schon 190 Pressevertreter gemeldet haben. Der Dichter **Gerhardt Hauptmann,** der den Festspielen beiwohnt, ist Freitag nachmittag mit seiner Gattin, seinem Sohn Benvenuto und dessen junger Braut in Heidelberg eingetroffen. Staatspräsident **Remmele** und die Minister **Leers, Schmitt** und **Trunk** werden dem Festakt beiwohnen.

Badische Komponisten in Wien. In Wien kommen bei dem Deutschen Sängerfest zwei badische Komponisten zu Wort. Von dem Karlsruher Komponisten Ludwig **Baumann** singt der Männergesangverein „Arion" Brooklyn „Mägdlein am Spinnrad" und der Sängerbund des Regierungsbezirks Köslin den „Korsarengesang". Von H. **Sonnet,** Pforzheim, kommt durch den Männergesangverein „Arion" der Chor „Wickingfahrt" zur Aufführung.

Kurze Nachrichten

Reichspräsident v. Hindenburg trifft laut „Germania" am 8. August vormittags zu einem Besuch der Flotte in **Kiel** ein. Der Reichspräsident wird an Bord des Linienschiffes „Schleswig-Holstein" Schiffsübungen beiwohnen und am Abend desselben Tages die Rückreise nach Berlin mit der Bahn antreten.

Der Damm nach Rügen. Zu der Meldung, wonach die Insel Rügen mit dem Festlande durch einen Damm verbunden werden soll, wird noch berichtet, daß eine endgültige Bewilligung der dazu notwendigen Summe noch aussteht und daß an eine solche Bewilligung vorläufig auch kaum zu denken ist.

Einstellung der Elbeschiffahrt. Die Elbe hat am Dresdener Pegel den außergewöhnlichen Tiefstand von 212 Zentimeter unter Null erreicht. Infolgedessen haben die Schiffahrtsgesellschaften den regelmäßigen Schiffahrtsbetrieb für geschlossen erklärt.

Die Ozeanflieger in Dresden. Auf ihrer Rückkehr von Budapest trafen die Ozeanflieger Köhl und von Hünefeld am Freitag in Dresden ein, wo sie ebenfalls auf das herzlichste begrüßt wurden.

Der neue amerikanische Innensekretär. Präsident Coolidge hat **Roy O. West** aus Chicago an Stelle des kürzlich zurückgetretenen Work zum Sekretär des Innern ernannt.

Badischer Teil

Geheimrat Dr. Schwoerer nach Berlin berufen

Wie aus Berlin berichtet wird, ist Geheimrat Dr. Schwoerer, im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Referent des Hochschulwesens, zum stellvertretenden Präsidenten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ernannt worden. Die Richtigkeit dieser Meldung wird bestätigt. Geheimrat Dr. Schwoerer hat einen längeren Urlaub erbeten und erhalten, um die neue Stelle anzunehmen.

Geheimrat Dr. Schwoerer arbeitete drei Jahrzehnte lang im Ministerium des Kultus und Unterrichts, zunächst (1892) als Sekretär, dann als Hilfsarbeiter (1895) und seit 1910 als Ministerialrat. Viktor Schwoerer wurde 1865 in Kenzingen geboren. 1888 wurde er Rechtspraktikant, 1893 Amtsrichter in Oberkirch, 1896 Oberamtsrichter, 1897 kam er in dieser Eigenschaft nach St. Blasien; 1900 wurde er Landgerichtsrat in Freiburg (1902/05 Untersuchungsrichter), 1905 Staatsanwalt in Karlsruhe, 1908 Erster Staatsanwalt in Konstanz und 1909 erhielt er den Rang eines Oberlandesgerichtsrates. Unter Verleihung des Titels Ministerialrat erfolgte dann 1910 seine Berufung in das damalige Ministerium der Justiz und des Kultus und Unterrichts als Vortragender Rat. Seit dieser Zeit wirkte er ununterbrochen im Unterrichtsministerium.

General Heye in Villingen

Der Chef der Heeresleitung, **General Heye**, besichtigte am Donnerstag eingehend die in **Villingen** liegende Ausbildungskompagnie des Bad. Infanterieregiments 14 und die Kasernenanlagen. Er wurde durch Oberbürgermeister **Lehmann** und Landrat **Wenz** begrüßt und gab seiner Befriedigung über das gute Verhältnis zwischen Stadt und Garnison Ausdruck. Von Villingen fuhr der General im Auto in Begleitung eines Generalstabsoffiziers und eines Adjutanten weiter nach **Donaueschingen** und von da nach dem Truppenübungsplatz **Münsingen**, wo sich gegenwärtig das 14. Bad. Infanterie-Regiment befindet.

Die Tagung der Astronomen in Heidelberg

Der zweite Tag der Astronomenversammlung war mit wissenschaftlichen Arbeiten (Vorträgen) und internen Beratungen ausgefüllt. Auf der Molkenkur fand ein Abendessen statt, dem auch Unterrichtsminister Dr. **Leers** anwohnte. Nach einer Rede des badischen Ministers, der die völkerverbindende Kraft einer solchen Versammlung von Vertretern aus 28 Nationen hervorhob, wurde von Professor **Massart** aus Lyon anerkannt, daß Frankreich zum ersten Male nach dem Kriege wieder im Rahmen der Astronomischen Gesellschaft mit Deutschen zusammenwirke. — Am Freitag fuhren die Astronomen nach Weil der Stadt, um in Keplers Geburtsort einige Stunden zu verbringen.

Freitag abend waren die Astronomen der 28 Nationen zu einem **Festessen** auf der Molkenkur vereinigt, an dem nicht weniger als 260 Personen teilnahmen. Kultusminister **Leers** benutzte nochmals die Gelegenheit, um den Gästen den Gruß der badischen Regierung zu entbieten, worauf ausländische Astronomen das Wort nahmen. Einer von ihnen betonte, daß Heidelberg eine der schönsten Städte Deutschlands sei. Am Abend fand eine Beleuchtung der Südfront des Schlosses statt.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahl. Der dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in **Kronau** (Amt Bruchsal) verlief abermals ergebnislos. Alle drei Kandidaten hielten ihre Stimmen aufrecht und so wird nun ein Oberhaupt von der Regierung eingesetzt.

Sicherung des Trinkwassers in Freiburg i. Br. Die anhaltende Trockenheit bringt es mit sich, daß in **Freiburg i. Br.** die ordnungsmäßige Wasserversorgung der höher gelegenen Häuser und Stockwerke auf immer größere Schwierigkeiten stößt, obwohl gegenüber dem Vorjahre 6000 cbm mehr zur Verfügung stehen. Die Stadt hat sich nun schon in einer früheren Bekanntmachung genötigt gesehen, vor einer allzugroßen Wasserverschwendung bei der Gartenbewässerung und insbesondere in vielen Haushaltungen in einer Bekanntmachung zu warnen. Da dieser Hinweis aber noch nicht die erforderliche Einschränkung des Verbrauchs bewirkt hat, sieht sich der Stadtrat erneut genötigt, zu schärferen Maßnahmen zu schreiten. Es soll jetzt der ab 20. d. M. festgestellte, über das nach dem Einschätzungswasserzins für den einzelnen Wasserverbraucher zustehende Kontingent hinausgehende Wasserverbrauch mit einem Vielfachen des gewöhnlichen Verbrauchspreises von 14 *Rpf.* pro cbm belegt werden. Die Aufnahme der augenblicklichen Wassermesserstände ist bereits im Gange.

Wohnungsbau in Villingen. Der Stadtrat **Villingen** hat eine Anzahl wichtiger Neubauten beschlossen. Während bisher die böswilligen Mieter in Barackenbauten untergebracht wurden, werden nunmehr nach den neuesten Erfahrungen solidere zweistöckige Häuser mit je zwei Wohnungen erstellt, die später in eine Wohnung umgebaut werden können. Die Gestehungskosten betragen für sechs Häuser 66 000 *RM*. Außerdem werden durch die Stadt sechs sogenannte Erwerbshäuser für je eine Familie zum späteren Verkauf an Private errichtet zum Gesamtpreis von 67 400 *RM*.

Rücktritt des Oberbaudirektors Kuckuck in Heidelberg. Oberbaudirektor Dr. h. c. **Kuckuck**, der Leiter der städt. Werke Heidelberg, wird wegen Erreichung der Altersgrenze ab 1. Oktober in den Ruhestand treten.

Der Bürgerausschuß Wolfach hat einstimmig den Voranschlag verabschiedet. Der Voranschlag sieht bei 372 512 *RM* Ausgaben und 331 559 *RM* Einnahmen einen ungedeckten Aufwand von 40 953 *RM* vor, zu dessen Deckung 80 *Rpf* Steuer auf das Grundvermögen, 32 *Rpf* auf das Betriebsvermögen und 6 *RM* auf den Gewerbeertrag (wie im Vorjahre) notwendig sind. Als zweiter Punkt stand wieder der Ankauf des F. F. Schlosses, soweit es noch im Besitze des Fürsten zu Fürstenberg ist, und des Herrengartens zur Beratung. Die fürstliche Verwaltung hat sich mit dem vom Bürgerausschuß in seiner letzten Sitzung genehmigten Preis von 70 000 *RM* nicht einverstanden erklärt, sondern bestand auf einer Kaufsumme von 86 000 *RM*. Mit 34 gegen 12 Stimmen wurde der Erwerb genehmigt.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Baufragen. Wie es heißt, soll nun endlich der Bahnhofsplatz eine vollständige Bebauung erfahren. Nachdem der Platz auf der einen Seite durch den Neubau der Bahn und des neuen Postgebäudes geschlossen ist, denkt eine Hotelbaugesellschaft an die Überbauung des Reichshofsblockes mit einem Hotel. Ebenso plant eine Gesellschaft, den freien Platz an der Schwarzwaldstraße mit Wohnhäusern zu überbauen. Weiter beabsichtigt ein Unternehmen, an der neuen Bahnhofstraße, südlich der Schnetzlerstraße, 12 Wohnhausneubauten noch in diesem Jahre zu erstellen. — In einer von sämtlichen dem Stadtausschuß für Leibesübungen angeschlossenen Vereinen besuchten Versammlung, in der u. a. Turnlehrer Feuchter ein Referat hielt, nahmen die Leiter der hiesigen Sport- und Turnvereine zu einer von der Forstverwaltung herausgegebenen Denkschrift Stellung und faßten den Beschluß, sich geschlossen für das für Karlsruhes Jugend unentbehrliche und von der Stadtverwaltung ebenfalls unterstützte Sportparkprojekt einzusetzen.

Fleischpreise. Wie die Metzgerinnung mitteilt, mußte den Viehpreisen entsprechend das Schweinefleisch um 10 *Rpf* je Pfund im Preis erhöht werden. Dafür konnte der Kalbfleischpreis um 4 bzw. 6 *Rpf* je Pfund ermäßigt werden.

Eine Warnung an Nichtschwimmer. Am Sonntag sind vier Personen in Maxau bzw. Rappenwörth im Rhein ertrunken. — Bei dieser Gelegenheit sei auf die Gefährlichkeit des Gebrauchs von **aufgeblasenen Motorradschläuchen** aufmerksam gemacht, der immer mehr zur Gewohnheit wird. Die Tatsachen beweisen, daß insbesondere Nichtschwimmer solche Schläuche als Überwasserhaltungsmittel benutzen. Gar zu leicht schwimmen diese glatten Schwimmbehelfe unter dem Körper weg. Der Nichtschwimmer kann sie nicht mehr erreichen und ist verloren. Nichtschwimmer seien daher eindringlich vor dem Gebrauche solcher trügerischer Mittel gewarnt.

Mit dem Schuhabsatz in den Schienen. Gestern wurde ein 30jähriges Fräulein von hier beim Überschreiten des Straßenbahngleises in der Kaiserallee von einem Straßenbahnzug angefahren. Sie kam unter die Schutzvorrichtung zu liegen und wurde gequetscht. Lebensgefahr besteht nicht. Schuld an dem Unfall war die Verletzte selbst, weil sie nach Zeugenaussagen, ohne sich umzusehen, über die Gleise ging und dann im letzten Augenblick, als sie die Elektrische wahrnahm, offenbar mit dem Stiefelabsatz in den Schienen hängen blieb und zu Boden fiel.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe. Sommeroperette. In der heute Samstag, den 21. Juli 1928, abends 7¾ Uhr und weitere Tage zur Aufführung gelangenden Rokoko-Operette **„Die Försterchristl"**, Text von B. Buchbinder, Musik von Georg Jarno, verkörpert die Titelpartie der Försterchristel die jugendlichste Soubrette aller Soubretten, Frl. Käthe Itter, die diese Rolle mit allergrößtem Erfolge gesungen hat. Als Kaiser Franz Josef in dieser Operette stellt sich Direktor Dewald erstmals dem Karlsruher Publikum vor. Als weiterer Gast singt Herr Johannes Müller, Berlin. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Eugen Neff. Das Werk ist vom Direktor J. Dewald in Szene gesetzt. Der Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen hat bereits begonnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Luftdruckverteilung über Europa hat sich gestern nicht erheblich geändert. Ganz West- und Mitteleuropa ist von kühlen, ozeanischen Luftmassen überflutet und hat nunmehr normale Temperaturverhältnisse. Eine wesentliche Änderung ist für morgen nicht zu erwarten. Insbesondere besteht vorderhand keine Aussicht auf Abschluß der Trockenperiode. **Wetteraussichten:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr 29 veröffentlicht das Gesetz über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1928 und 1929. Ferner eine Verordnung des Ministers des Innern über das Löschverfahren bei Waldbränden.

bld. **Heidelberg**, 20. Juli. Der Dichter **Gerhart Hauptmann** wird mit seiner Frau und seinem Sohne den diesjährigen Heidelberger Festspielen anwohnen, zu welchen er am Freitag eintreffen wird.

DZ. **Heidelberg**, 20. Juli. Die **Neckarschiffahrt** mußte wegen außerordentlichen Niederwassers eingestellt werden, weshalb auch die Personenfahrten von Heilbronn vorerst nicht mehr ausgeführt werden können.

DZ. **Heidelberg**, 21. Juli. In der Universitätsaula findet am Samstag das **akademische Disziplinarverfahren** gegen die Mitglieder des Corps **Saxoborussia** statt, die an dem Stadttheaterunfug neben dem Gelegenheitsarbeiter Leopold Wimmer beteiligt waren.

bld. **Heidelberg**, 20. Juli. Wie das städtische Forstamt mitteilt, hatte, soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, die **Bestäubung im Stadtwald** zur Bekämpfung von Raupenschädlingen sehr guten Erfolg.

bld. **Villingen**, 20. Juli. Vor einigen Tagen wurde auf der Straße Oberndorf—Schwenningen der Friseur **Ludwig** mit einer schweren Verletzung aufgefunden. Durch Rottweiler Kriminalbeamte ist jetzt auf dem Bahnhof in Tressingen der etwa 24jährige Georg **Reich** von Betzweiler (bei Oberndorf) unter dem Verdacht verhaftet worden, den **Raubüberfall** an dem Friseur Ludwig auf der Straße Oberndorf—Aistaig begangen zu haben. Reich ist an der Teerung der Straße Deißlingen—Schwenningen beschäftigt gewesen. Nach Angaben des des Täters traktierte dieser den nun inzwischen an den Verwundungen verstorbenen 25jährigen Friseur Ludwig mit einer Fahrradpumpe. Vor dem Untersuchungsrichter in Rottweil, hat er, einer neueren Meldung zufolge, ein Geständnis abgelegt. Reich hatte mit dem getöteten Ludwig früher einmal Streit und wollte sich nun an ihm rächen.

DZ. **Gaggenau**, 20. Juli. (**Zugzusammenstoß.**) Freitag nachmittag gegen 6 Uhr fuhr auf dem Bahnhof Gaggenau ein Güterzug infolge falscher Weichenstellung auf ein mit vier Wagen besetztes Gleis. Diese Wagen wurden auf den Bahnsteig 2 geschoben, wodurch auch das Gleis 1 gesperrt wurde. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist gering. Der Verkehr war etwa eine Stunde unterbrochen. Der direkte Zug nach Freudenstadt erlitt 50 Minuten Verspätung.

bld. **Freiburg**, 20. Juli. Nach dem Polizeibericht kam der Vorsitzende einer hiesigen **Studentenverbindung** zur Anzeige, weil er nachts nach 12 Uhr duldete, daß etwa 25 Mitglieder der Verbindung in ihrem Lokal bei offenem Fenster durch Schlagen mit Schlägern auf den Tisch und durch Singen und Schreien erheblichen Alarm verursachten. — Über Ruhestörung durch Studenten sind in der letzten Zeit viele Klagen eingelaufen.

DZ. **Triberg**, 20. Juli. Heute gegen 16 Uhr brach zwischen Triberg und Nußbach an der Schwarzwaldbahn beim Tunnel Seelenwald 2, vermutlich infolge Funkenflugs aus der Lokomotive, ein **größerer Waldbrand** aus, der etwa 6 Hektar ergriffen hat. Eine Anzahl Feuerwehren sowie die Villinger Reichswehr wurden zu Hilfe gerufen, die um 19 Uhr mit Sonderzug auf der Brandstelle eintrafen. Die Löscharbeiten gestalteten sich besonders schwierig, weil am Brandplatz — einer schwer zugänglichen Halde — kein Wasser ist. Es sind insgesamt 6 Hektar kleiner Baumbestand und Gestrüpp verbrannt. Auf dem nahgelegenen Hochwald hat das Feuer glücklicherweise nicht übergegriffen. Gegen 9 Uhr abends konnte die Gefahr gebannt werden. Die Brandstelle liegt zwischen Triberg und Gremmersbach. An dieser Stelle sind schon einige Male Waldbrände durch Funkenflug entstanden.

bld. **Landau** (Pfalz), 20. Juli. Im Auftrage sämtlicher wegen des **Maximiliansauer Besatzungszwischenfalls** Verurteilten hat Senatspräsident Dr. **Führ** Revision in Mainz eingelegt.

Verschiedenes

Die Untersuchung des Münchener Unglücks

Die drei Stellwerksbeamten, denen die Schuld an dem Münchener Eisenahnunglück zur Last gelegt worden ist, sind wieder **aus der Haft entlassen** worden, da eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr besteht. Die Voruntersuchung gegen sie geht weiter; sie ist auch gegen den Lokomotivführer und den Heizer des verunglückten Zuges eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen das Stellwerk besichtigt und Beobachtungs- und Bremsversuche auf einem Probezug, dessen Garnitur der des Unglückszuges entsprach, vorgenommen.

Revision im Heinprozeß

Der Verteidiger des zweimal zum Tode verurteilten Posträubers **Hein** hat, wie aus **Coburg** gemeldet wird, gegen das Urteil des Schwurgerichts die angekündigte Revision beim Landgericht Coburg eingereicht.

Versuchter Diebstahl des „Bremen"-Flugzeuges?

WTB. **Paris**, 21. Juli (Tel.) Dem „Newyork Herald" wird gemeldet, daß die in East Orange wohnende Frau des auf Lobster Bay (Labrador) stationierten Offiziers der Küstenwache von ihrem Manne ein Telegramm aus Long Point erhalten hat, in dem dieser einen Kampf beschreibt, den er und zwei seiner Leute mit Fischern von Neufundland zu bestehen hatte, die am 6. Juli versucht haben sollen, das **Flugzeug „Bremen" zu stehlen.** Die Fischer seien nach einem Feuergefecht vertrieben worden.

Eine Rehabilitierung nach 20 Jahren

Das Appellationsgericht in Edinburg (Schottland) hat im Berufungsverfahren gegen den Deutschen Oskar **Slater** einstimmig beschlossen, das gegen Slater vor 20 Jahren gefällte Urteil wegen Irreführung der Geschworenen aufzuheben. Slater war damals wegen Ermordung einer 82jährigen Frau verurteilt worden und hatte nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus ein Wiederaufnahmeverfahren durchgesetzt, für das sich bedeutende Männer wie Bernard Shaw, Oliver Lodge und Conan Doyle einsetzten.

Der „Krassin" reparaturbedürftig

Der Leiter der sowjetrussischen Hilfsexpedition Samoilowitsch meldet, daß die Reparatur des Eisbrechers Krassin, dessen Steuerruder beschädigt ist, sich in Kingsbay nicht durchführen lasse. Es sei deshalb notwendig, einen der nächsten norwegischen oder schwedischen Häfen anzulaufen. Der Flieger Tschuchnowski dagegen wird in Kingsbay bleiben. Man glaubt, daß der Eisbrecher in zwei Wochen seine Nachforschungen wieder aufnehmen kann.

Mussolini hat allen Mitgliedern der „Italia"-Expedition den Befehl erteilt, keinerlei Mitteilungen, Erklärungen oder Interviews zu geben. Der italienische Gesandte in Norwegen, Graf Senni, erklärte in einem Interview, die Expedition habe einen durchaus privaten Charakter gehabt, sie sei von der Stadt Mailand ausgegangen und das nötige Kapital sei durch eine Sammlung aufgebracht worden. Mussolini habe niemals, wie vielfach behauptet, Befehl erteilt, eine Fahne am 24. Mai am Pol herabzuwerfen, er habe auch niemals die Ausführung des Unternehmens selbst angeordnet. Solche Behauptungen seien unsinnig.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:

Kanzleiassistent Franz Grab beim Notariat Bonndorf zum Justizassistenten.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes
auf Ende Oktober 1928:

Hausmeister Johannes **Ihle** beim Landgericht Mannheim.

Zuruhegesetzt:

Justizobersekretär Emil **Ritter** beim Amtsgericht Mannheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Fahrplanänderung

Zur Verbesserung des Badeverkehrs zwischen Karlsruhe und Maxau verkehrt der bisher nur an Sonn- und Feiertagen vorgesehene Zug 585, Karlsruhe-Hbf. ab 15.18 Uhr, Maxau an 15.38 ab **Samstag den 21. Juli, täglich**, und zwar mit Halt in Zeppelinstraße, ab 15.25 Uhr. In der Gegenrichtung wird der seither nur werktags, ausgenommen Samstags ab Knielingen verkehrende Zug 580, Karlsruhe-Hbf. an 16.26 Uhr vom gleichen Zeitpunkt an täglich von Maxau ab 16.02 Uhr geführt.

An Sonn- und Feiertagen wird außerdem während der Badezeit der neue Zug 590, Maxau ab 19.45 Uhr, Karlsruhe an 20.05 Uhr mit Halt in Knielingen und Karlsruhe-Mühlburg geführt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

KUNSTGEWERBE-VEREIN WALDSTR. 3

Das geschmackvolle Indanthren-Kleid

SEIDE, VOILE, BEIDERWAND, HANDDRUCK
Für die See: STRANDKLEIDER, BADEMÄNTEL
WIR LADEN ZUR ZWANGLOSEN BESICHTIGUNG ein

Rheinische Hypothekenbank

Gegründet 1871.

Aktienkapital und Reserven	zirka 13 000 000 Reichsmark
Gesamter Darlehensbestand	über 212 000 000 Goldmark
Gesamtumlauf der Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen	über 208 000 000 Goldmark.

Wir sind Abgeber unserer
in Baden und Hessen mündelsicheren
nach den Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes erststellig sichergestellten

8%igen Goldhypothekenpfandbriefe

(Reihen 26 und folgende) mit Januar-Juli-Zinsscheinen — erster Zinsschein am 2. Januar 1929 fällig
— **nicht rückzahlbar vor dem 2. Januar 1934 — zum Vorzugskurs von 97,75%.**
Ferner haben wir neu aufgelegt einen Betrag von

5000000 Goldmark
8%ige Goldschuldverschreibungen

gedeckt gemäß § 41 des Hypothekenbankgesetzes durch Darlehen an inländische öffentlich-rechtliche Körperschaften usw. — mit Januar-Juli-Zinsscheinen — Reihe III — nicht rückzahlbar vor dem 2. Januar 1933

zum Vorzugskurs von 94,25%.

Nach durchgeführter Börseneinführung in Berlin und Frankfurt a. M. wird diese Serie mit den bereits amtlich eingeführten Reihen I und II (Börsenkurs z. Z. 95%) einheitlich notiert werden.

Stückelung der Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen: 100, 200, 500, 1000, 2000 und 5000 Goldmark.

Unsere Pfandbriefe und Schuldverschreibungen sind eine wertbeständige Anlage und lauten ebenso wie die zu deren Deckung dienenden erststelligen Hypotheken bezw. Darlehen auf Goldmark (1 Goldmark = 0,35842 Gramm Feingold). Demgemäß richtet sich der Geldwert von Kapital und Zinsen nach dem amtlich festgestellten Londoner Goldpreis.

Bestellungen werden von allen Banken und Bankiers, Spar- und Girokassen sowie von uns selbst entgegengenommen.

Mannheim, den 20. Juli 1928. R. 886

Rheinische Hypothekenbank.
Telefon-Sammelnummer 26955 — Telegrammadresse: Hypotheken.

Oeffentliche Sparkasse Kenzingen

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM
1. Kassenbestand	16 209,94
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	90 436,23
3. Wertpapiere	50 190,00
4. Wechsel	12 048,94
5. Darlehen a. Hypotheken	767 228,03
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	479 454,97
7. Darlehen a. Schuldschein	394 089,16
8. Darlehen an Gemeinden	241 000,00
9. Einnahmerückstände	96 442,07
10. Gebäude	2,00
11. Gerätschaften	3 069,50
	2 150 170,84

Verbindlichkeiten.	RM
1. Spareinlagen	1 460 725,94
2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	292 082,27
3. Sonstige Einlagen	—
4. Anlehens- und andere Schulden	214 700,45
5. Ausgaberückstände	882,20
6. Rücklagen:	
a) gesetzl. Reservefonds	140 224,64
b) Sonderrücklage	—
c) Aufwertungsstock	5 413,50
7. Reingewinn vom Jahr 1927	36 141,84
	2 150 170,84

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 1 752 808,00 RM . . . . . 140 224,64 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . 181 779,98 „
Somit mehr . . 41 555,34 RM

Kenzingen, den 20. Juli 1928. N. 451

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Baptist.
Der Geschäftsleiter: Häringer.

Öffentliche Sparkasse der Gemeinde Graben

Geschäftsbericht für das Jahr 1927.

Vermögen.	RM
Gebäude	1,—
Hypotheken	460 350,—
Staatspapiere	630,—
Darlehen an Gemeinden usw.	47 000,—
Grundstückskaufgelder	33 900,—
Schuldscheindarlehen	636 005,—
Guthaben bei der Girozentrale	69 191,53
Guthaben b. Postscheckamt	11 744,86
Einnahmerückstände	14 676,73
Kassenvorrat	26 176,73
Gerätschaften	1,—
	1 299 676,85

Schulden.	RM
Spareinlagen	1 116 772,24
Giroeinlagen	53 786,85
Aufwertungsstock	43 271,76
Zinsen für Aufwert.-Einl.	19 843,49
Rücklagen früherer Jahre	53 953,03
Reingewinn	12 049,48
	1 299 676,85

Rücklagen früherer Jahre	53 953,03	RM
Reingewinn für 1927	12 049,48	„
Reinvermögen am 31. Dezember 1927	66 002,51	„
Reservefond 8 % aus 1 170 559,09	93 644,72	„
Fehlender Betrag zur Rücklage	27 642,21	„

Graben, den 20. Juli 1928.

Die Verwaltung.

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
KARLSRUHE
Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

Badische Werkschau 1828
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. Nr. 17
Goldschmiedekunst nebst **Uhren**
Keramik, Textilien u. Tapeten
23. Juni bis 6. August
Besuchszeit: Werktags 10—1 und 3—6 Uhr
Montags nur 3—6 Uhr
Sonntags 11—1 Uhr.
Bei rechtzeitiger Anmeldung für Gruppenbesuch auch Sonntag nachm. 3—5 Uhr.
Eintritt frei.
Bad. Landesgewerbeamt.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk)

Reichsmarkbilanz per 31. März 1928.

Aktiva.	RM
Grundstücke	631 682,83
Gebäude	5 483 487,57
Betriebsanlagen	57 267 682,24
Im Bau befindliche Anlagen	2 935 240,55
Zähler	1 846 146,90
Lagervorräte	615 703,98
Inventar, Apparate, Werkzeuge und Fahrzeuge	1,—
Beteiligungen	3 125 467,50
Effekten	702 462,16
Kasse	9 816,87
Guthaben einschl. bei Banken	317 886,08
Kontokorrentschuldner	2 028 005,43
Vorausbezahlte Versicherungsprämien	20 252,20
	74 983 835,31

Anmerkung. Fremde Kautionen 207 018,19

Passiva.	RM
Aktienkapital	21 000 000,—
Anleihe I (Murgwerk)	3 150 728,06
Anleihe II (Schluchsee) 1. Teil	1 240 419,90
Anleihe II (Schluchsee) 2. Teil	4 257,72
Kohlenwertanleihe 200 382,5 t à 17,50 RM	3 506 693,75
Kohlenwertanleihe auf Reichsmark umgestellt	4 223 712,50
Anleihezinsenkonto Murgwerk und Schluchsee	191 215,47
Anleihezinsenkonto Kohlenwertanleihe 64 800,— RM + nicht eingelöste Zinsscheine 23 143,37 „	87 943,37
Darlehen	28 212 039,40
Kontokorrentgläubiger	3 127 975,95
Wohlfahrtsfonds	477 200,—
Reservefonds I (gesetzlicher)	1 261 732,—
Reservefonds II	900 000,—
Erneuerungskonto	5 500 000,—
Gewinn- und Verlustkonto	2 099 917,19
	74 983 835,31

Anmerkung: Fremde Kautionsgläubiger . . . . . 207 018,19 RM

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 1928.

Soll.		RM
Betriebsausgaben einschl. Versicherungen, Disagio und Fremdstrombezug		4 807 220,60
Verwaltungsunkosten und Steuern		1 473 616,53
Anleihe- und sonstige Zinsen		2 044 974,76
Abschreibung von Inventar, Apparate, Werkzeuge und Fahrzeuge		115 429,43
Erneuerungskonto		1 500 000,—
Verteilung des Reingewinnes:		
Gesetzliche Rücklage in den Reservefonds	104 996,— RM	
9 % Gewinnanteil aus 21 000 000 RM	1 890 000,— „	
Zuweisung an den Wohlfahrtsfonds	100 000,— „	
Vortrag auf neue Rechnung	4 921,19 „	2 099 917,19
		12 041 158,51

Haben.	RM
Vortrag aus 1926/27	3 330,86
Stromeinnahmen	11 715 906,47
Verschiedene Einnahmen	321 921,18
	12 041 158,51

Karlsruhe, im Juli 1928. 785

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk).
Der Vorstand:
O. Helmle. R. Fettweis.

Pianos
Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbprinzenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel
Pianinos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Straßenbauarbeiten.

Das Wasser- u. Straßenbauamt Lörrach vergibt auf dem Wege des schriftlichen Wettbewerbs nach Maßgabe der Verdingungsverordnung die Arbeiten zur Verbreiterung der Wehratalstraße von Weil bis Todtmos-Au in 3 Losen.

Die Arbeiten umfassen:

Los 1. Länge 3850 m mit 3800 qm Fahrbahnherstellung. Sprengen von etwa 2000 cbm Felsen, Herstellen von 180 lfdm Dohlen, 53 Einlaufschächte und 2070 qm Rinnenpflaster einschließlich der üblichen Nebenarbeiten.

Los 2. Länge 4000 m mit 4200 qm Fahrbahnherstellung. Sprengen von 2200 cbm Felsen, Herstellen von 400 lfdm Dohlen, 60 Stück Einlaufschächte und 2400 qm Rinnenpflaster einschließlich der üblichen Nebenarbeiten. 446

Los 3. Länge 2500 m mit 2800 qm Fahrbahnherstellung. Sprengen von 1300 cbm Felsen, Herstellen von 260 lfdm Dohlen, 40 Stück Einlaufschächte und 1500 qm Rinnenpflaster einschließlich der üblichen Nebenarbeiten.

Bedingungen können während der Dienststunden auf dem Geschäftszimmer des Bauamtes eingesehen werden, wo auch die Angebotsvordrucke gegen eine Gebühr von 0,50 RM. erhältlich sind. Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Verbreiterung der Wehratalstraße" bis längstens **1. August 1928 vormittags 11 Uhr** an uns einzusenden.

Bruchsal. N. 453

Güterrechtsregistereintrag Bd. III S. 185 **Leicht,** Gustav Adolf, Metzger in Karlsdorf und Frieda, geb. Antoni. Vertrag v. 10. Juni 1921. Errungenschaftsgemeinschaft des BGB. Vorbehaltsgut der Frau ist das im Vertrag §§ 1 und 2 bezeichnete Vermögen.

Bruchsal, 20. Juli 1928.
Amtsgericht I.

Städt. Konzerthaus
Sommeroperette
Samstag, den 21. Juli 1928 abends 7½ Uhr und weitere Tage
Die Försterchristel
Operette in 3 Akten von B. Buchbinder
Musik von Georg Jarno
Musikal. Leitung: Kapellmeister Eugen Reff
In Szene gesetzt: Dir. J. Dewald mit Käthe Itter, Dir. J. Dewald und Johannes Müller a. G. u. a.
Ende 10¾
Vorverkauf: Musikalienhandl. Fritz Müller, Kaiserstr.; Verkehrsverein, Ritterstr.; Weißwarengeschäft Karl Holzschuh, Werderstr. 48, und an der Kasse des Städt. Konzerthauses von 10—1 Uhr und von 5 Uhr nachmitt. ab ununterbrochen.

Druck G. Braun, Karlsruhe